



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 30.1.2003
SEK (2003) 129 endgültig

EU EINGESCHRÄNKTE
VERTEILUNG

Empfehlung für eine

STELLUNGNAHME DES RATES

**gemäß Artikel 9 Absatz 3
der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997
zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks für 2002-2010**

(von der Kommission vorgelegt)

RESTRICTED

BEGRÜNDUNG

Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹ hatten die an der einheitlichen Währung nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten dem Rat und der Kommission bis 1. März 1999 Konvergenzprogramme vorzulegen. Nach Artikel 9 der Verordnung hatte der Rat jedes Konvergenzprogramm auf der Grundlage von Bewertungen durch die Kommission und den Ausschuss nach Artikel 114 EG-Vertrag (Wirtschafts- und Finanzausschuss) zu prüfen. Die Kommission gab zu jedem Programm eine Empfehlung ab. Auf der Grundlage dieser Empfehlung und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses gab der Rat nach Prüfung des Programms eine Stellungnahme dazu ab. Gemäß der Verordnung können die jährlich vorzulegenden aktualisierten Konvergenzprogramme vom Rat nach demselben Verfahren geprüft werden.

Das Konvergenzprogramm Dänemarks für den Zeitraum 1998-2005 wurde am 30. Oktober 1998 vorgelegt und am 1. Dezember 1998 vom Rat bewertet².

Die erste jährliche Aktualisierung für den Zeitraum 1999-2005 wurde am 20. Dezember 1999 vorgelegt und am 28. Februar 2000 vom Rat bewertet³. Die zweite aktualisierte Fassung - für den Zeitraum 2000-2005 - wurde am 22. Dezember 2000 vorgelegt und am 12. Februar 2001 vom Rat geprüft⁴. Die dritte jährliche Aktualisierung - für den Zeitraum 2001-2005 - wurde am 29. Januar 2002 vorgelegt und am 5. März 2002 vom Rat geprüft⁵.

Die vierte und jüngste Aktualisierung des Konvergenzprogramms für den Zeitraum 2002-2010 wurde am 29. November 2002 von Dänemark vorgelegt. Ein ergänzender Vermerk wurde am 13. Dezember 2002 an die Kommission gerichtet. Die Kommissionsdienststellen haben dieses aktualisierte Stabilitätsprogramm unter Berücksichtigung der Mitteilung der Kommission vom 27. November 2002 an den Rat über die Verstärkung der haushaltspolitischen Koordinierung⁶ einer technischen Beurteilung unterzogen. Diese Evaluierung rechtfertigt die folgende Beurteilung:

Das Programm ist reich an Informationen, insbesondere im Hinblick auf die Menge von Angaben zur Analyse mittel- und langfristiger Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen in Dänemark, und es entspricht weitgehend dem Verhaltenskodex. Allerdings enthält das Programm kaum Informationen zum Haushalt für 2003. Zwei Wochen nach Vorlage des aktualisierten Programms hat die dänische Regierung einen zusätzlichen Vermerk eingereicht, der eine geänderte kurzfristige Vorausschau (bis zum Jahr 2004) und eine kurzfristige Sensitivitätsanalyse enthält. Gleichwohl sind die in diesem zusätzlichen Vermerk enthaltenen Angaben nicht detailliert genug, um eine umfassende Bewertung der öffentlichen Finanzen vorzunehmen. Darüber hinaus ist die Verknüpfung der neuen kurzfristigen Vorausschätzungen mit den mittelfristigen Projektionen des Programms - und daher mit der langfristigen Analyse - nicht mehr so klar wie beim ursprünglichen Szenario. Die Wirtschaftspolitik, wie sie sich in den

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997.

² ABl. C 3 vom 6.1.1999.

³ ABl. C 98 vom 6.4.2000.

⁴ ABl. C 77 vom 9.3.2001.

⁵ ABl. C 64 vom 13.3.2002.

⁶ KOM(2002) 668 endg. vom 27.11.2002.

geplanten Maßnahmen des aktualisierten Konvergenzprogramms darstellt, entspricht den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002.

Das aktualisierte dänische Konvergenzprogramm 2002 bezieht sich auf den Zeitraum 2002-2010. Die vorgelegte öffentliche Finanzstrategie hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert und ist stark darauf ausgerichtet, mittel- und langfristig tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Die Grundlage für die Strategie ist nach wie vor zum einen die Beibehaltung gesamtstaatlicher Überschüsse von 1½-2½% des BIP durchschnittlich bis 2010 und zum anderen der Steuerstopp, der ebenfalls zur Ausgabenkontrolle beitragen soll. Um die in der mittelfristigen Projektion festgelegten Ziele zu erreichen, wird im Programm die Notwendigkeit weiterer Arbeitsmarktreformen anerkannt.

Im Allgemeinen befindet sich die dänische Wirtschaft in gutem Zustand, und Dänemark hat weiterhin die Konvergenzkriterien im Hinblick auf Inflation, Zinssätze, Wechselkurs⁷ und öffentliche Finanzen erfüllt. Die Wirtschaft hat sich in 2002 weitgehend wie in der letzten Aktualisierung vorgesehen entwickelt. Man war davon ausgegangen, dass der Rückgang des Wirtschaftswachstums in 2001 zu einem BIP-Wachstum von 1,1% führen würde. Die jüngsten Zahlen belaufen sich auf 1,4%. Für 2002 wird eine leichte Zunahme des BIP-Wachstums auf 1,5% erwartet, was der Voraussage in der Aktualisierung 2001 entspricht. Der zusätzliche Vermerk geht für 2003 und 2004 von einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,8% bzw. 2,1%, im Wesentlichen angetrieben durch die Inlandsnachfrage, aus. Das Wachstumsprofil und die Zusammensetzung der Prognose entsprechen weitgehend den Vorausschätzungen der Kommission, allerdings liegen die Gesamt-BIP-Wachstumsraten der Kommissionsprognosen mit 2,1% und 2,4% für 2003 bzw. 2004 etwas höher. Dies kann weitgehend dadurch erklärt werden, dass sich die Arbeitsmarktsituation in jüngster Zeit aufgrund steigender Arbeitslosigkeit verschlechtert hat. Diese Entwicklung findet sich wieder in dem zusätzlichen Vermerk, aber nicht in den Herbstvorausschätzungen der Kommission. Ab 2005 wird als technische Projektion von einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 1,8% ausgegangen.

Die Inflation ist hartnäckiger als erwartet, was gegenüber der Fortschreibung vom letzten Jahr zu einer Aufwärtskorrektur der Inflationsprognose um über ½ Prozentpunkt auf 2,4% in diesem Jahr geführt hat. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf hausgemachte Faktoren zurückzuführen, da sich die anhaltend hohen Lohnzuwächse im Dienstleistungsbereich auf die Preise auswirken. Im Programm wird davon ausgegangen, dass sich das Lohnwachstum in 2003 und 2004 verlangsamt, im Wesentlichen aufgrund des erwarteten Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der wiederum ab 2004 die VPI-Inflation allmählich auf ein Niveau von unter 2% zurückführen dürfte. Die Kommission geht ebenfalls von einer verlangsamt Inflation, allerdings auf einem leicht höheren Niveau, aus.

Die öffentlichen Finanzen in Dänemark sind nach wie vor gesund und weisen seit 1997 gesamtstaatliche Überschüsse auf. Die Zentralregierung und das Sozialsystem weisen gegenwärtig einen Überschuss auf, und die Kommunalbehörden sind zu einem

⁷ Im Jahre 2002 betrug der Referenzwert für die Konvergenzkriterien im Hinblick auf die Inflation 2,9%, und die dänische Inflation belief sich auf 2,4%. Bei den Zinsen betrug der Referenzwert 6,9% im Vergleich zu 5,1% in Dänemark. Was den Wechselkurs betrifft, so gehört Dänemark nach wie vor dem ERM II an, und die Dänische Krone blieb innerhalb enger Bandbreiten stabil.

Ausgleich ihrer Einnahmen und Ausgaben verpflichtet. Das Ergebnis für 2001 war mit 2,8% des BIP besser als erwartet, aber weitgehend die Folge der verzögerten Umsetzung eines technischen Wechsels auf ein Rentensystem. Für 2002-2004 geht der zusätzliche Vermerk von niedrigeren Überschüssen in Höhe von 1,6 und 1,9 bzw. 2,4% des BIP aus, was weitgehend den Vorausschätzungen der Kommission entspricht. Für den restlichen Zeitraum (2005-2010) projiziert das Programm Überschüsse von rund 2% des BIP. Der Schuldenstand dürfte von 44% des BIP in 2002 auf 26% des BIP in 2010 sinken.

Bei der Berechnung der konjunkturbereinigten Haushaltssalden gehen sowohl die Kommission als auch das Programm von anhaltenden Überschüssen in jedem Jahr des Zeitraums aus und bestätigen, dass die öffentlichen Finanzen solide bleiben dürften. Der eigentliche Haushaltssaldo dürfte mit etwa 2% des BIP im Programmzeitraum einen Überschuss aufweisen, und Dänemark wird daher ohne Probleme die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllen.

Gegenüber der letzten Fortschreibung ist der Steuerstopp nun, wie in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik empfohlen, auf allen Regierungsebenen umgesetzt worden. Die Ergebnisse dieser Umsetzung legen nahe, dass der Steuerstopp auch als Disziplinmechanismus bei der Ausgabenkontrolle wirken kann, obwohl es noch zu früh ist, eine vollständige Bewertung vorzunehmen. Schon immer war die Ausgabenkontrolle in den öffentlichen Finanzen Dänemarks eine relativ durchwachsene Angelegenheit. Bisher hat es sich für die Regierung als schwierig erwiesen, den Realanstieg des Staatsverbrauchs auf das angestrebte Ziel von 1% zu beschränken; und ab 2006 ist das Ziel mit $\frac{1}{2}$ - $\frac{3}{4}$ % sogar noch strenger. Auch wenn es den Anschein haben mag, dass der Steuerstopp sowohl in 2002 als auch beim Haushalt für 2003 als Disziplinmechanismus bei der Ausgabenkontrolle gewirkt hat, dürfte sich das straffere Ziel ab 2006 als eine ziemliche Herausforderung erweisen.

Das Erreichen der mittelfristigen Ziele bei den öffentlichen Finanzen hängt weitgehend von der Verwirklichung einiger ehrgeiziger Arbeitsmarktziele ab, zu denen auch die Steigerung der bereits sehr hohen Erwerbsbeteiligung gehört. Zur Erreichung dieser Ziele sind weitere Arbeitsmarktreformen erforderlich, da die Zwänge des Arbeitsmarktes nach wie vor das größte Problem für die dänische Wirtschaft sind. Im Vergleich zur letzten Aktualisierung wurde quantifiziert, welche Folgen es für die öffentlichen Finanzen hat, wenn die Reformen nicht umgesetzt werden. Dies ist eine begrüßenswerte Neuerung und verdeutlicht die Gefahr, dass der Überschuss in der Größenordnung von 1% des BIP verfehlt wird. Da eine derartige Abweichung möglicherweise ernste Folgen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hat, ist es verwunderlich, dass das Programm nicht mehr Angaben zum Inhalt derartiger Reformen bzw. zu einem möglichen Zeitplan für ihre Durchführung enthält.

In jüngster Vergangenheit war auf dem dänischen Arbeitsmarkt ein Negativtrend zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, und die Erwerbsquote gesunken. Diese Entwicklungen gefährden nicht notwendigerweise das Erreichen der Ziele für die Arbeitsmarktentwicklungen bis 2010, aber solche Gefahren können auftreten, wenn der Abschwung sich fortsetzt; in diesem Fall wäre das angestrebte Haushaltsüberschussniveau in Gefahr.

Eine Senkung der Lohnnebenkosten wird im Programm angekündigt - wenn die finanziellen Möglichkeiten hierzu gefunden werden - aber die endgültige Entscheidung

über eine Steuerreform wird nicht vor Frühjahr 2003 getroffen. Allerdings wird die Senkung der Lohnnebenkosten in einer Größenordnung von $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{2}$ % des BIP geplant, was nur als geringfügige Senkung angesehen werden kann. Wenn mit dieser Reform auch die Zwänge des Arbeitsmarktes gelockert werden sollen, können die sichtbaren Auswirkungen nur begrenzter Natur sein.

Auch die diesjährige Fortschreibung enthält substanzielle Berechnungen im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, und im Vergleich zur letzten Aktualisierung wurden diese Berechnungen um Sensitivitätsberechnungen ergänzt. Die der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beigemessene Bedeutung wird begrüßt. Die Frage der langfristigen Tragfähigkeit hängt natürlich ab von der Verwirklichung der mittelfristigen Ziele, aber wenn die mittelfristigen Projektionen eintreten, zeigen die Berechnungen, dass die öffentlichen Finanzen in Dänemark offensichtlich in einer sehr guten Position sind, um die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung abzufedern, da sowohl für den Staatshaushalt, als auch für die Pensionsfonds umfangreiche Nettoguthaben projiziert werden. Allerdings haben diese Berechnungen eine anhaltende, im Vergleich zu anderen Industrieländern hohe Steuerlast zur Folge.

Aufgrund dieser Bewertung hat die Kommission die beigefügte Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks zwecks Weiterleitung an den Rat angenommen.

Empfehlung für eine

STELLUNGNAHME DES RATES

**gemäß Artikel 9 Absatz 3
Verordnung (EG) des Rates Nr. 1466/97 vom 7. Juli 1997**

zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks für 2002-2010

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken⁸, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am [18 Februar 2003] prüfte der Rat das aktualisierte Konvergenzprogramm Dänemarks für den Zeitraum 2002-2010. Das Programm ist reich an Informationen, insbesondere im Hinblick auf die Menge von Angaben zur Analyse mittel- und langfristiger Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen in Dänemark, und es entspricht weitgehend dem Verhaltenskodex. Die Wirtschaftspolitik, wie sie sich in den geplanten Maßnahmen des aktualisierten Konvergenzprogramms darstellt, entspricht den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002.

Die Wirtschaft hat sich weitgehend wie in der Aktualisierung 2001 vorgesehen entwickelt. Man war davon ausgegangen, dass der Rückgang des Wirtschaftswachstums in 2001 zu einem BIP-Wachstum von 1,1% führt. Die jüngsten Zahlen belaufen sich auf 1,4%. Für 2002 wird eine leichte Zunahme des BIP-Wachstums auf 1,5% erwartet, was der Voraussage in der letzten Aktualisierung entspricht. Für 2003 und 2004 wird von einem BIP-Wachstum von 1,8% bzw. 2,1%, im Wesentlichen angetrieben durch die Inlandsnachfrage, ausgegangen. Der Rat stellt fest, dass die makroökonomische Projektion realistisch erscheint und der Herbstprognose der Kommission entspricht.

Der Rat stellt mit Befriedigung fest, dass Dänemark die Konvergenzkriterien für die Inflation, die langfristigen Zinssätze, den Wechselkurs und die öffentlichen Finanzen weiterhin erfüllt.

⁸ ABl. L 209 vom 2.8.1997.

Die vorgelegte öffentliche Finanzstrategie hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert und ist weiterhin stark darauf ausgerichtet, mittel- und langfristig tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Die Grundlage für die Strategie ist nach wie vor zum einen die Beibehaltung gesamtstaatlicher Überschüsse von 1½-2½% des BIP durchschnittlich bis 2010 und zum anderen der Steuerstopp, der ebenfalls zur Ausgabenkontrolle beitragen soll. Um die in der mittelfristigen Projektion festgelegten Haushaltsziele zu erreichen, wird die Notwendigkeit weiterer Arbeitsmarktreformen von der dänischen Regierung im Programm anerkannt. Der Rat begrüßt, dass der Steuerstopp bisher auf allen Regierungsebenen umgesetzt wurde - eine Entwicklung, die den Grundzügen der Wirtschaftspolitik entspricht.

Der Rat stellt mit Befriedigung fest, dass die öffentlichen Finanzen in Dänemark nach wie vor gesund sind. Das Ergebnis für 2001 war besser als erwartet. Für 2002 bis 2004 wird in der Aktualisierung von Haushaltsüberschüssen in Höhe von 1,6 und 1,9 bzw. 2,4% des BIP ausgegangen, was weitgehend den Vorausschätzungen der Kommission entspricht. Für den restlichen Zeitraum (2005-2010) projiziert das Programm Überschüsse von rund 2% des BIP. Der Schuldenstand dürfte von 44% des BIP in 2002 auf 26% des BIP in 2010 sinken.

Der Rat stellt fest, dass die öffentlichen Finanzen, auch konjunkturbereinigt betrachtet, während des Projektionszeitraums mit Überschüssen von rund 2% des BIP solide bleiben dürften. Dänemark wird daher die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts weiterhin voll und ganz erfüllen.

Das Erreichen der mittelfristigen Ziele bei den öffentlichen Finanzen hängt weitgehend von der Verwirklichung einiger ehrgeiziger Arbeitsmarktziele ab, zu denen auch die Steigerung der bereits sehr hohen Erwerbsbeteiligung gehört. Der Rat stellt fest, dass in dem Programm anerkannt wird, dass zur Erreichung dieser Ziele weitere Arbeitsmarktreformen erforderlich sind. Im Vergleich zur letzten Aktualisierung wurden die Auswirkungen für den Fall, dass die Reformen nicht umgesetzt werden, quantifiziert. Der Rat begrüßt diese Neuerung und stellt fest, dass eine Abweichung aufgrund der Nichtverwirklichung der Arbeitsmarktziele erhebliche Auswirkungen auf das Erreichen der projizierten Entwicklungen bei den öffentlichen Finanzen haben könnte. Ferner könnten hierdurch ebenfalls, falls der gegenwärtige Negativtrend auf dem Arbeitsmarkt anhält, die projizierten Überschüsse gefährdet werden. Der Rat ermutigt die dänische Regierung daher, diese Reformen entschlossen voranzutreiben.

Der Rat ist der Auffassung, dass sich die öffentlichen Finanzen aufgrund der gegenwärtigen Politik auf einer nachhaltigen Basis befinden, um die Folgen der Bevölkerungsalterung für den Haushalt abzufedern, wobei sich Haushaltsüberschüsse und die projizierte Anhäufung umfangreicher Nettoguthaben sowohl in den Pensionsfonds als auch in der Staatskasse positiv auswirken.

Der Rat nimmt die Absicht der dänischen Regierung zur Kenntnis, die Steuerquote bis 2010 zu senken, und ist der Ansicht, dass dies unter Wahrung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erreicht werden kann. Allerdings wird die Steuerquote in Dänemark im Vergleich zu anderen Industrieländern hoch bleiben, und weitere Senkungen könnten im Rahmen gesunder öffentlicher Finanzen in Betracht gezogen werden.